

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität,
Stadtentwicklung und Wohnungsbau

S 1

Neufassung der Vorlage für die Sitzung des Senats am 24.09.2019

„Entwicklung des Hachez-Geländes“ (Anfrage für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft)

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Welche Informationen hat der Senat dazu, ob das Hachez-Gelände bereits veräußert wurde oder eine Kaufoption erworben wurde?
2. Welche Schritte hat der Senat bislang unternommen, um einen Ankauf des Geländes durch die Stadt zu erreichen?
3. Wie beurteilt der Senat die Möglichkeit, eine städtische Vorkaufssatzung für das Gelände zu erlassen?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Es liegen dem Senat keine Informationen über einen vollzogenen Verkauf oder den Erwerb einer Kaufoption vor. Nach Aussage des Unternehmens seien bislang keine konkreten Verkaufsverhandlungen geführt worden.

Zu Frage 2:

Die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH hat im Auftrag des Wirtschaftsressorts Kontakt mit dem Unternehmen aufgenommen, um unter anderem über einen möglichen Erwerb des Produktionsstandortes durch die Stadt Bremen zu sprechen. In diesem Zusammenhang werden auch Gespräche zur Sicherung der verbleibenden ca. 70. Arbeitsplätze in Marketing und Vertrieb geführt. Das Unternehmen hat mit Schreiben vom 20.09.2019 der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau angeboten in konstruktive Gespräche einzutreten. Es ist beabsichtigt, dieses Gesprächsangebot anzunehmen.

Zu Frage 3:

Der Senat legt der Stadtbürgerschaft eine Vorkaufssatzung für das Areal zur Beschlussfassung vor. Der Erlass einer Vorkaufssatzung setzt rechtlich voraus, dass ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet worden ist und die Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung einen entsprechenden Planaufstellungsbeschluss gefasst hat. Ein solcher Beschluss wird parallel vorgelegt.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung

Finanzielle oder personalwirtschaftliche Auswirkungen sind mit der Beantwortung nicht verbunden.

Geschlechtsspezifische Auswirkungen sind ebenfalls nicht zu erwarten.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Senatsvorlage ist abgestimmt mit der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet nach Beschlussfassung im Senat. Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau vom 23.09.2019 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.